

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postkontos Dresden Nr. 2486. — Stadtkontos Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsfeld von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 262

Dresden, Mittwoch, 11. November

1925

Deutschnationale für den Vertrag von Locarno.

Berlin, 11. November.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Forderung gebeten:

Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Verhandlungen der Reichsregierung wegen des Vertrages von Locarno veranlaßt die Deutschnationalen zu folgender Erklärung:

Wir sehen in dem Bestreben der deutschen Reichsregierung den Versuch, das Zusammenwachsen Deutschlands mit den anderen europäischen Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu fördern, als selbstverständlich, daß ein wirklich dauernder Friede nur durch die gegenseitige Anerkennung der nationalen Rechte im Rheinland und in einer Änderung des dortigen Regimes.

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung der Parteien bis zur Stunde nicht getroffen. Sie hat sich darauf hingewiesen, daß sie diese Entscheidung nicht treffen könne, wenn sie in der Lage ist, die Auswirkungen auf das Rheinland zu übersehen.

Gegenüber dieser Klarstellung ist es uns unverständlich, daß die Deutschnationale Volkspartei, die der gesamte Teilhaber überhaupt zur Beurteilung reif ist, gegen Locarno Stellung genommen hat und aus dem Reich auszuscheiden ist.

Zurück die Schwächung der Regierung ist ihre außenpolitische Situation gefährdet, die innenpolitische Situation aber in eine Richtung getrieben, die von keinem konservativ denkenden Parteimitglied werden kann. Wir halten uns daher für verpflichtet, vor der deutschen Öffentlichkeit zu erklären, daß es die Pflicht aller Parteimitglieder ist, die Regierung bei ihrem schweren Werk zu unterstützen und wir fordern alle unabhängigen Parteimitglieder auf, unabhängig ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Volkspartei, dies zu tun und nicht an die Stelle der Führung des Reiches durch Parteimitglieder Reichsentscheidungen vorzuziehen zu stellen.

Berlin, den 10. November 1925.

Herrn v. Alvensleben-Berlin, Graf Claus-Dänneberg-Berlin, Herr v. Hüfnerberg-Donauschützen, Graf Gehler-Schönfeld, Carl Hamel-Tschelch, Graf Wilhelm Gehler, Christian Kraft Herr v. Hohenhausen, E. v. Radomir-Mlein-Ingersheim, Hugo Rehr, v. Reichach, Herr. Graf. Graf. Berlin, Kommerzienrat Dr. Paul Reusch, Adam v. Tiele-Winler-Hebbin, Herr. Graf. Graf v. Ralswiek-Gabeln, Graf Lubbert v. Westfalen-Berlin.

England und der Vertrag von Locarno.

Die bevorstehende Unterhaushandlung.

London, 11. November.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet, es sei bereits vereinbart worden, daß die Unterhaushandlung am nächsten Mittwoch vollkommen der Debatte über den Sicherheitspakt von Locarno gewidmet sein soll. Es verläutet, daß keine formelle Entscheidung eingebracht werden wird, sondern, daß bei Unterhaus diese Frage aus Anlaß eines Verlagsantrages erörtert wird. Baldwin, Chamberlain, MacDonald und Lloyd George werden sich an der Debatte beteiligen.

Das Programm für die Feierlichkeiten in London am 1. Dezember.

London, 11. November.

„Westminster Gazette“ berichtet, das hiesige Staatsbankett im Buckinghampalast zur Feier der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno werde eine der prächtigsten je in London abgehaltenen Veranstaltungen sein. Darauf werde ein glänzender Empfang folgen, zu dem das diplomatische Korps, die englischen Minister, die politischen Führer, die Spitzen der Beamtenchaft und hervorragende Persönlichkeiten des gesamten öffentlichen Lebens eingeladen werden. Die Außenminister, die den Vertrag unterzeichnen, würden die Gäste der Sitzung von London bei einem Frühstück am

Vor der Antwort der Reichsregierung auf die letzte Entwaffnungsnote.

Die Innenministerkonferenz der Länder.

Berlin, 10. November.

Heute nachmittags fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther und im Beisein der Innenminister der deutschen Länder eine Konferenz statt, die sich mit der Forderung der Völkervereinigung und bezüglich der Organisation der Schutzpolizei beschäftigte. Die Verhandlungen nahmen einen befriedigenden Verlauf und es ist ein Modus gefunden worden, der der Forderung der Völkervereinigung einigermassen gerecht werden dürfte.

Die Antwortnote der Reichsregierung an die Völkervereinigung soll in diesen Tagen durch den deutschen Botschafter in Paris von Hoeßch übermittelt werden.

Veröffentlichung der Erleichterungen zum Waffenstillstand.

London, 10. November.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Es würde wenig Überraschung verursachen, wenn der morgige Waffenstillstandstag von den Alliierten zur Veröffentlichung der Erleichterungen benutzt würde, die im Besatzungsregime des Rheinlandes beabsichtigt seien. Das soll bedürftiger Zugeständnisse. Sie würden jedoch kaum von der großen deutschen Öffentlichkeit gewürdigt werden, wenn ihr dies nicht in einzelnen durch eine amtliche Mitteilung oder Ministerrede erklärt würde. Stresemann werde vielleicht das letztere Verfahren vorziehen. Eine solche Mitteilung könnte dazu beitragen, die Besorgnisse zu zerstreuen, die durch die letzte alliierte Entwaffnungsnote geweckt worden seien. In Berlin sei man offensichtlich von der alliierten Anregung, daß die deutsche Regierung selbst Vorschläge formulieren solle, überrascht und unangenehm berührt. Man nehme in Berlin an, daß dieses Verfahren wieder bebauernde werte Verzögerungen bedeute. Aber dies sei sicher nicht von den Alliierten beabsichtigt. Wenn sie diese Angelegenheiten in so großem Maße dem eigenen Ermessen Deutschlands überließen, so beweise das ihren guten Willen, ihre Verschämtheit und ihr Vertrauen. Es sei schade, daß ihre Absicht falsch verstanden würde.

Mussolini reißt doch nach London.

Berlin, 11. November.

Die „Voss. Zig.“ weiß aus Paris zu melden, daß der italienische Botschafter Baron Ruffano dem französischen Außenminister Briand ein eigenhändiges Schreiben Mussolinis überreichte, worin dieser die Absicht mitteilt, an der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno in London persönlich teilzunehmen.

In einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Rom heißt es: Die Nachricht, daß Mussolini sich zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno nach London begeben wird, wird von gut unterrichteter Seite bestätigt.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

London, 10. November.

Die Konferenz der deutschen und der britischen Delegierten zur Erörterung des deutsch-englischen Handelsvertrages hielt gestern ihre erste Sitzung ab. Es fand eine Vorbesprechung über gewisse von

Soweit die Frage der Verzögerung in Betracht komme, habe es die deutsche Regierung in ihrer Hand, eine derartige Verzögerung durch eine schnelle Initiative zu vermeiden. Dies sei jedenfalls die in London vertretene Ansicht.

Die sogenannten Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt.

Berlin, 11. November.

Zu den Pressemitteilungen über eine bevorstehende Note der Völkervereinigung, die sich auf die sogenannten Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt beziehen, bemerkt die „Tägliche Rundschau“, daß sich die Völkervereinigung in der vorigen Woche wohl mit dieser Materie beschäftigt hat, daß jedoch eine Note bisher in Berlin nicht eingegangen ist. Eine Entschädigung der Völkervereinigung im Sinne einer Beilegung der von ihr geschaffenen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt würde, so heißt es in dem Blatt weiter, schon deshalb natürlich unangebracht erscheinen, weil die jetzigen Zustände in direktem Widerspruch zum Wortlaut des Versailler Vertrages stehen und auch über denjenigen des späteren Londoner Ultimatums hinausgehen, ganz abgesehen davon, daß sie dem Geist von Locarno auf das schroffste zuwiderlaufen. Das Blatt zitiert dann einen Artikel der deutschen demokratisch-politischen Korrespondenz, in dem ausgeführt wird, daß in Artikel 198 des Versailler Vertrages lediglich festgesetzt wird, daß die bewaffnete Macht Deutschlands keine Land- oder Marinefliegerkräfte umfassen darf. Nach der allgemeinen Begriffsbestimmung gilt als Militärflugzeug ein solches, das durch eine hierzu kommandierte Militärperson besetzt wird. Lediglich gegenüber Deutschland hat man andere immer mehr komplizierte Begriffsbestimmungen angewandt.

Von der Rheinlandkommission zugelaufene Beamte.

Wien, 10. November.

Die Rheinlandkommission verfügte seinerzeit ohne Angabe der Gründe, daß der Vizepräsident Geheimrat Schneider und der Reichsbahnbeamte Wirtelauer von der Reichsbahndirektion Mainz, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen worden waren, zurückkehren, aber ihre Dienstgeschäfte nicht wieder aufnehmen dürften. Nunmehr genehmigte die Rheinlandkommission, daß die Beamten die Arbeiten bei der alten Dienststelle wieder aufnehmen dürfen.

Die Herabsetzung der Militärdienstzeit in Belgien.

Brüssel, 10. November.

Die belgische Kammer wählte heute den sozialistischen Abg. Brunel zum Präsidenten. Die sozialistische Fraktion beschloß, dem Gesetzentwurf der Regierung, der eine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf zehn Monate vorseht, unter der Bedingung zuzustimmen, daß es sich hier nur um eine Etappe zur schrittweisen Dienstzeit handelt. Die Sozialisten haben bei den Provinziallandtagssitzungen insgesamt 35 Sitze gewonnen. Sie verlieren ihre bisherige Mehrheit in der Provinz Lüttich.

Nach Aufdeckung der antisafischen Verschwörung.

Rom, 11. November.

Agencia Stefani meldet: Der italienische Botschafter in Paris, Romano Ruffano, sowie die dortigen Botschaftsräte Summonte und Bordonaro, der Sekretär Cortini und die Attachés

Banca und Landini suchten zum Zeichen ihrer tiefen Empörung über das gegen Mussolini geplante Attentat um ihre Aufnahme in die faschistische Partei nach. Diejenige wurde stattdessen auf die Bildungs- und Erziehungskundgebungen für Russen sowie kirchliche Feiern dauern an. Beitrittserklärungen zur faschistischen Partei laufen derzeit zahlreich ein, daß die Parteileitung Kontrollmaßnahmen ergreifen und Waffenbeiträge von ganzen Gruppen verboten hat. Die Parteileitung hat sich die Genehmigung von Ausnahmen politischer Persönlichkeiten in die Partei vorbehalten.

Der Weiderausschuß und der Verband faschistischer Matrosen haben ein Abkommen geschlossen, durch das den Besatzungen und Angestellten der Verwaltung bemerkenswerte Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gewährt werden. Ministerpräsident Mussolini sprach bei dem Empfang von Vertretern der Verbände seine Freude über den Erfolg der Verhandlungen aus und äußerte die Ansicht, daß die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen nahe bevorstehe. Mussolini richtete eine Botschaft an die faschistischen Matrosen, in der er die faschistischen Gewerkschaften preist, welche die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und erklärte, daß in kurzem das ganze denkende und arbeitende Italien unter den faschistischen Fahnen stehen werde.

Faschistische Ausschreitungen.

Rom, 10. November.

In Brescia haben die faschistischen Drucker zwei Oppositionsblätter gestürmt und die Einrichtungen gegenstandslos gemacht. Ebenso ist es in Triest zu schweren Ausschreitungen der Faschisten gekommen, die sogar das österreichische Konsulat nicht verschont ließen, weil es zu Ehren Mussolinis nicht geschlossen hatte. Ein Mussolinist verübte im letzten Augenblick die Verletzung des österreichischen Wappens.

Die sozialistische Arbeiterinternationale gegen Mussolini.

Berlin, 10. November.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Botschaft des Sekretariats der sozialistischen Arbeiterinternationale an die italienischen Sozialisten, in welcher unter Hinweis auf das Verbot der sozialistischen Partei Italiens und ihres Organes „Giustizia“ am Vorabend des Prozesses gegen die Würder Matteotti die Hoffnung ausgesprochen wird, daß trotzdem die Sozialisten in Italien an der Wiederaufhebung der proletarischen Bewegung Italiens arbeiten werden.

Landeshauptmann Stumpf über die Lage in Südtirol.

Zusbruck, 10. November.

Der Tiroler Landtag ist heute zu seiner normalen Herbsttagung zusammengetreten. Landeshauptmann Dr. Stumpf hielt ein längeres Exposé, worin er zur Frage Südtirols erklärte, durch die Bestimmungen von St. Germain ist Tirol zerrissen worden. Angesichts der bestehenden Tatsachen blieb uns nichts anderes übrig, als alles, wenn auch bebrühten Herzens hinzunehmen, wir hofften dabei, daß Bestimmungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, schließlich respektiert werden würden und daß demgemäß den von uns getrennten Brüdern eine erträgliche Zukunft beschieden sein würde. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. Wenn wir sehen, wie die Dinge sich in Wirklichkeit gestaltet haben, so ist es begreiflich, daß unser Mitgefühl von Tag zu Tag immer mehr herausgefordert wird und deshalb ist es nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht, in Achtung vor den Bestimmungen der bestehenden Verträge nichts unversucht zu lassen, was eine Verbesserung dieser harten Verhältnisse herbeiführen könnte. Wir können nicht glauben, daß nicht auch den Deutschen, soweit sie zu den nationalen Minderheiten gehören, das sonst selbstverständliche Recht, das Recht auf nationale und kulturelle Eigenart